

SVP des Kantons Zürich
Nüscherstrasse 35
8001 Zürich

Tel. 044 217 77 66
Fax 044 217 77 65
E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch



Die Partei des Mittelstandes

Zürich, 23. Juli 2010

Keine Gleichstellung von abgewiesenen Asylbewerbern mit Schweizern und langjährig anwesenden Ausländern **Claudio Schmid, Kantonsrat SVP, Bülach**

Befürworter dieser Vorlage appellieren immer wieder an die Arbeitgeber, sie sollen doch diesen vorläufig Aufgenommenen eine Chance geben zur Arbeit und zur Integration. „Flüchtlinge mussten alles zurücklassen, ausser ihrem Talent“, hiess es letzten Monat an den Plakatwänden. Diese Leute würden ja sowieso nicht freiwillig gehen, haben uns die Befürworter im Parlament weismachen wollen. Aber das ist eine fatale Kapitulation.

Ausgeschöpfter Arbeitsmarkt

Die Zeit, in der die Zuwanderung über eine Arbeitsstelle erfolgt, gehört ganz offensichtlich der Vergangenheit an. Dies, obwohl uns die Befürworter der Personenfreizügigkeit stets das Gegenteil beteuert haben. Die Schweiz zieht massenweise Migranten an, die derart geringqualifiziert sind, dass sie höchstens per Zufall und für Zeitspannen zu einem Arbeitseinsatz kommen. Die meisten der abgewiesenen, nicht ausschaffbaren Asylbewerber stammen aus Schwarzafrika. Die Asylstatistik des Bundes von 2009 zeigt die Top-10-Rangfolge auf: Nigeria, Eritrea, Sri Lanka, Irak, Somalia, Afghanistan, Kosovo, Georgien, Serbien, Türkei¹. Das macht eine Integration in den Arbeitsmarkt natürlich schwierig, denn sie sind geringqualifiziert, kulturfremd, und sie konkurrenzieren mit den "Personenfreizügler" und den übrigen Ausländern aus Drittstaaten, sowie mit Schweizern, die auf einfache Arbeiten angewiesen sind.

Menschen, die auf Dauer einwandern, müssen auf eigenen finanziellen Beinen stehen. Hier wird jedoch das Gegenteil anvisiert: **Einwanderung direkt in den**

¹ Die Anerkennungsquote lag 2009 bei 16,3%.

Sozialstaat. Der Ausländeranteil bei den ALV-Bezüglern beträgt momentan 44,6%. Bereits das ist eine Hypothek.

Viel kriminelles Talent

„Flüchtlinge mussten alles zurücklassen, ausser ihrem Talent“, hiess es an den Plakatwänden. Ehrlicherweise musste man aber auch anfügen: Asylbewerber verfügen auch über ein ausgesprochen deliktisches Talent, das sie hier bei uns leider frei entfalten. Von 1000 Asylbewerbern werden 600 straffällig, sagte der Chef des Bundesamtes für Migration². „Personen des Asylbereichs“ nehmen denn auch in der Zürcher Kriminalstatistik KRISTA eine eigene Kategorie ein. So sind die vorläufig Aufgenommenen mit Bewilligung F mit den Personen mit Bewilligung N (Asylsuchende) und S (Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung) zusammengefasst. Würden andere politischen Kräfte diese Tatsache einmal zur Kenntnis nehmen, so wäre schon viel gewonnen.

Die Argumente der Befürworter beschränken sich im Wesentlichen auf die vier folgenden Themen:

- Diese Personen müssen arbeiten...

Befürworter der Sozialhilfe für renitente, abgewiesene Asylbewerber argumentieren, dass auch vorläufig Aufgenommene eine Arbeitspflicht hätten, so wie jeder andere auch in diesem Land. Und diese Arbeitspflicht müsse mit dem Skos-Mechanismus, wonach bei Verweigerung der Arbeit 15 Prozent gestrichen werden kann, durchgesetzt werden. Wir halten klar dagegen: Das ist eine Minderung der Belohnung, immer noch viel besser als die heutigen Asylansätze³.

- Es sind ja nur 5000 Personen...

Dieses Abenteuer gehen wir besser nicht ein, um zu schauen, ob es bei diesen 5000 Personen bleibt. Wo reichlich Gelder fliessen, gibt es auch zunehmend Abnehmer; und natürlich immer welche, die ihre Freunde hierher animieren. So gesehen wird der Kanton Zürich hier eine Sogwirkung erzeugen. Eine Gewährung von Sozialhilfe bedeutet automatisch eine weitere Öffnung für ungesteuerte Zuwanderung.

² Blick vom 13. April 2010. Auch online verfügbar.

³ siehe die Tabellen im Referat Steinemann.

- Wir müssen diese Personen hier integrieren...

Geld erzeuge einen Integrationswunsch, glauben die Befürworter. Wir sagen falsch, Geld erzeugt einen Geldwunsch.

- Chancengleicher Zugang zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ressourcen...

Es läuft bei der Linken immer auf eine rechtliche Gleichstellung hinaus. (Islam mit Christentum, Ausländer mit Schweizern etc.) Dies wollen wir nicht.

Die Erwerbsquote der vorläufig Aufgenommenen beträgt momentan 28 Prozent. Dagegen sind die Schweizer und Ausländer mit geregelter Aufenthaltsstatus zwischen 18 und 65 Jahren zu 82 Prozent erwerbstätig⁴. Echte Flüchtlinge erhalten übrigens seit jeher Sozialhilfe. Ihre Nettoerwerbsquote liegt bei 15 Prozent, also halb so viel wie die heute nach Asylansätzen bemessenen vorläufig Aufgenommenen. Hinter diesen Zahlen sehen wir unsere Behauptung bestätigt, wonach Sozialhilfe genau nicht zur Arbeit animiert.

Alle anderen Kantone, ausser deren zwei (Basel-Stadt, sowie der Kanton Luzern, der als einziger Kanton die gesamte Asylverwaltung der Caritas übertragen hat), rechnen bei den Leistungen an vorläufig Aufgenommene nach den Asylrichtlinien. Der Kanton Zürich möchte sich nun mit Sozialhilfe nach Skos grosszügiger zeigen. Das setzt völlig falsche Signale. Hier soll im Kanton Zürich ein Präjudiz geschaffen werden, das wir mit einem Referendum korrigieren müssen.

⁴ Alard Du Bois-Reymond an Pressekonferenz zu "Talente fördern - Wirtschaft stärken", 10 Juni 2010.